

## Vor der Revolte: Die sechziger Jahre

Professionelle Beobachter waren von der eruptiven Wucht der 1967 eskalierenden Protestbewegung völlig überrascht, hatten sie doch noch kurz zuvor ein vorherrschendes politisches Desinteresse registriert<sup>1</sup>; eine auf Konsumangebote fixierte und von diesen manipulierte Jugend schien heranzuwachsen<sup>2</sup>. Speziell die Studierenden galten geradezu als „schweigende Generation“ (Helmut Thielicke). Der Sozialwissenschaftler und Bildungspolitiker Ludwig von Friedeburg befand 1965: „Überall erscheint die Welt ohne Alternativen, passt man sich den jeweiligen Gegebenheiten an, ohne sich zu engagieren, und sucht sein persönliches Glück in Familienleben und Berufskarriere. In der modernen Gesellschaft bilden Studenten kaum mehr ein Ferment produktiver Unruhe.“<sup>3</sup>

Das Überraschungsmoment der Revolte beförderte schon bald die in der Publizistik weithin geteilte Vorstellung von 1968 als tiefer Zäsur zwischen bleiern Zeiten des autoritären Immobilismus und den lichten Weiten einer modernen Zivilgesellschaft oder – je nach Provenienz der Betrachter – zwischen geordneten Verhältnissen und ihrer Auflösung. Von jenem Jahr aus betrachtet, interessierte der erste Teil der Dekade dementsprechend lediglich als „Inkubationszeit des Protests“<sup>4</sup> oder aber als Umschlagen des „Reform-Gedankens“ in ein „Revolutions-Postulat“<sup>5</sup>. Erst seit kürzerer Zeit beginnt die Zeitschichtschreibung demgegenüber, die Gesellschaft der sechziger Jahre in ihrer „eigenständigen Be-

deutung“<sup>6</sup> intensiv zu erkunden<sup>7</sup>. Aus dieser Perspektive lässt sich bereits die Zeit um 1960 als tiefer gesellschaftlicher Umbruch konturieren<sup>8</sup> und wird schließlich auch die spektakuläre Protestbewegung im letzten Drittel der Dekade, teleologischer Zuschreibungen entkleidet, in einen weiteren historischen Zusammenhang gestellt werden können.

Der folgende Beitrag skizziert einige gesellschaftliche Tendenzen der Bundesrepublik in den frühen sechziger Jahren, fragt nach politischen Anlässen, Wahrnehmungen und Motiven, die oppositionelle Aufbrüche in diesem Zeitraum bewirkten, und wendet sich schließlich der Entstehung einer Neuen Linken zu.

---

### I. Das Ende der Nachkriegszeit

---

Als kleinster gemeinsamer Nenner bisheriger Deutungen scheint sich herauszukristallisieren, die sechziger Jahre als eine „Phase der Gärung“ zu verstehen, „in der sich eine Fülle von Veränderungsimpulsen wechselseitig verstärkten“<sup>9</sup>. Nicht nur die Nachkriegszeit<sup>10</sup> war zu Ende gegangen, sondern eine ganze industriegesellschaftliche Epoche, die vor der Jahrhundertwende begonnen hatte. Der Strukturwandel der Volkswirtschaft, der in den fünfziger Jahren bereits mit hohem Tempo begonnen hatte, setzte sich dynamisch fort und leitete den Übergang zur „tertiären“ oder Dienstleistungsgesellschaft ein. Zudem galt die Bundesrepublik nach

1 Vgl. Klaus Allerbeck/Wendy J. Hoag, *Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven*, München–Zürich 1985, S. 131 ff.

2 Vgl. zum sozialwissenschaftlichen Jugenddiskurs der frühen sechziger Jahre die Skizze von K. Allerbeck/W. J. Hoag, ebd., S. 34 ff.; Hartmut M. GRIESE, „Jugend(sub)kultur(en)“ – Facetten, Probleme und Diskurse, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?*, Opladen 2000, S. 37–47, hier S. 41 ff.

3 Ludwig von Friedeburg, *Jugend in der modernen Gesellschaft*, Köln–Berlin 1965, S. 18.

4 Heinz Bude, *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948*, Frankfurt/M. 1997, S. 55.

5 Hermann Rudolph, *Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre*, in: Martin Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 141–151, hier S. 149.

6 Karl Dietrich Bracher, *Die Bewährung der Zweiten Republik. Einleitender Essay*, in: Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition: 1963–1969*, Stuttgart–Wiesbaden 1984, S. 7–16, hier S. 7.

7 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl C. Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die sechziger Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

8 Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Moderne im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre*, Bonn 1998<sup>2</sup>.

9 Klaus Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25 (1999), S. 123–145, hier S. 127.

10 Vgl. als ausführlichere und dichter belegte Version der in diesem Abschnitt skizzierten Tendenzen Axel Schildt, *Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die sechziger Jahre in der Bundesrepublik*, in: A. Schildt u. a. (Anm. 7), S. 21–53.

der hermetischen Schließung der Grenzen auch nach West-Berlin durch die DDR ihren Bewohnern kaum mehr als „Provisorium“; in Umrissen zeichnete sich vielmehr eine spezifisch westdeutsche „neue Gesellschaft“ ab, wie es der junge Soziologe Ralf Dahrendorf in einer prominenten „Bestandsaufnahme“ formulierte<sup>11</sup>. Die Bevölkerung der Bundesrepublik verjüngte sich im „Babyboom“ der frühen sechziger Jahre wie in keinem anderen Jahrzehnt ihrer Geschichte, und durch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus südeuropäischen Ländern wurde Westdeutschland faktisch zum Einwanderungsland, dem gegenüber die DDR als traditionell deutsch wahrgenommen wurde.

Der durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalt vermochte in den sechziger Jahren am enorm gestiegenen Konsum der neuen „Wohlstandsgesellschaft“ in nie gekanntem Ausmaß teilzuhaben. Die Nettoeinkommen stiegen in jener Dekade um ca. 50 Prozent. Dieser Wohlstandszuwachs, er zeigte sich etwa bei der Verbesserung des Wohnkomforts und der raschen Verbreitung von Konsumgütern, die zuvor als Luxus gegolten hatten, ließ neue Lebensstile entstehen. Charakteristisch war dafür ein in der deutschen Geschichte zumindest des 20. Jahrhunderts einmaliger Eigenheimbauboom. Allein von 1961 bis 1968 erhöhte sich der Anteil der wohnungsbesitzenden an allen Haushalten von 29,1 auf 34,3 Prozent<sup>12</sup>. Vorstädtische Bungalow-Siedlungen galten den Zeitgenossen als Inbegriff einer neuen Konsum-Moderne. Parallel dazu stieg die Zahl der Autos von ca. vier im Laufe der sechziger Jahre auf ca. 13 Millionen – Westdeutschland überschritt in eben jenem Jahrzehnt die Schwelle zur automobilen Gesellschaft. Suburbanes Wohnen und Automobilisierung gingen einher mit einer beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit, die ihre größte Ausdehnung Mitte der fünfziger Jahre mit fast 50 Stunden an sechs Werktagen erreicht hatte. Bis Ende der sechziger Jahre verkürzte sich die Dauer der Arbeitszeit um etwa fünf Stunden, und es setzte sich die fünftägige Arbeitswoche mit einem „langen Wochenende“ flächendeckend durch<sup>13</sup>.

11 Ralf Dahrendorf, Die neue Gesellschaft. Soziale Strukturwandlungen der Nachkriegszeit, in: Hans Werner Richter (Hrsg.), Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, München u. a. 1962, S. 203–220.

12 Vgl. Werner Polster/Klaus Voy, Eigenheim und Automobil – Materielle Fundamente der Lebensweise, in: Klaus Voy u. a. (Hrsg.), Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise. Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), Marburg 1991, S. 263–320, hier S. 266 ff.

13 Vgl. Edwin Schudlich, Die Abkehr vom Normalarbeitstag. Entwicklung der Arbeitszeiten in der Industrie der Bundesrepublik seit 1945, Frankfurt/M.–New York 1987, S. 46 ff.

Der gestiegene Stellenwert massenkultureller Konsumtion im Verlauf der Transformation einer modernen Industrie- zu einer postindustriellen Gesellschaft führte zu einer neuen Qualität, für die der Soziologe Gerhard Schulze den Begriff „Erlebnisgesellschaft“ vorgeschlagen hat. Unter den veränderten materiellen Bedingungen wurde das zentrale existenzielle Problem nicht mehr im Überleben, sondern im Erleben gesehen. Lebensalter und das Wahrnehmungsrastrer jung – alt mit einem jugendspezifischen Anspruch auf Progressivität rückten in den sechziger Jahren in den Vordergrund sozialer Wahrnehmung<sup>14</sup>.

Die „Erlebnisgesellschaft“ scheint in der Tat als idealtypischer Begriff den Kern massenkultureller Veränderungen in jenem Zeitraum recht gut zu erfassen. Anfang der sechziger Jahre (1961) wurden etwa vier Millionen Fernsehhaushalte, 1970 über 15 Millionen gezählt. Der Aufstieg des neuen audiovisuellen Mediums<sup>15</sup> schuf eine neue Erlebnisdimension, eine gewaltige Vermehrung fiktionaler filmischer Angebote und der Möglichkeiten, sich über ferne und nahe Welten informieren und zugehörige Bilder auf sich wirken zu lassen. In den sechziger Jahren, in denen das Fernsehen noch den frischen Reiz des Ungewohnten ausstrahlte und zudem wegen der eingeschränkten Programmauswahl viel gemeinsamen Gesprächsstoff an der Arbeitsstelle, beim Einkauf und über den Gartenzaun hinweg lieferte, gewann das neue Medium einen bisher kaum ausgeloteten tiefen Einfluss auf die Kommunikation im halböffentlichen Alltagsraum.

Dass das audiovisuelle Medium dem Lesen von Zeitungen und Zeitschriften keinen Abbruch tat, weist darauf hin, dass sich der Medienkonsum differenzierte und nicht einfach vom Fernsehen monopolisiert wurde. Zumindest die an Kiosken dominierenden Titelbilder von Illustrierten lassen den Eindruck eines allgemeinen Drangs zu expressiver Visualisierung und Buntheit gewinnen, der sich vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre stetig verstärkte, als in der Mode so genannte „Schockfarben“ für Aufsehen sorgten und das Fernsehen (1967) selbst farbig wurde.

Der im Kontext der „Erlebnisgesellschaft“ als typisch angesehene kulturelle Konflikt zwischen Jugendlichen und erwachsener Bevölkerungs-

14 Vgl. Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M.–New York 1996<sup>6</sup>, S. 531 ff.

15 Vgl. Knut Hickethier (unter Mitarbeit von Peter Hoff), Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart–Weimar 1998.

mehrheit, der in jenem Jahrzehnt öffentlich in nie zuvor gekanntem Ausmaß diskutiert wurde und rasch eine politische Dimension gewann, enthält viele Hinweise auf gewandelte Auffassungen, die sich im Streit um Haar- und Rocklänge, Tänze und Musikstile niederschlugen. Die Twist-, Rock- und Beat-Rhythmen der sechziger Jahre, die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts vor allem aus Großbritannien, dann aus den USA importiert wurden, sind in ihrer Bedeutung als internationaler jugendkultureller Code von kaum zu überschätzender Bedeutung. Hierin drückten sich jugendliche Wünsche nach mehr „Lockerheit“ und „Freiheit“ am nachdrücklichsten aus und wurden entsprechend von einem großen Teil der Elterngeneration als Kampfansage aufgefasst. Aber nicht nur in der Jugend, sondern auch in der Bevölkerung allgemein waren die Anfänge eines tief greifenden Wertewandels erkennbar. Dieser vollzog sich von der Dominanz so genannter Pflicht- und Akzeptanzwerte hin zu Selbstentfaltungswerten, wie soziologische Beobachter schon Anfang der sechziger Jahre bemerkten<sup>16</sup>.

---

## II. Oppositionelle Aufbrüche

---

Um 1960 mehrten sich die publizistischen Beiträge, in welchen Versäumnisse und Fehlentwicklungen im Wiederaufbau mit harter Kritik bedacht wurden. Dies betraf zunächst die gravierenden Defizite im Umgang mit der NS-Vergangenheit, die zu öffentlichen Skandalen geführt hatten. Die sechziger Jahre – und nicht erst 1968 – waren insgesamt gekennzeichnet durch eine qualitative Intensivierung vergangenheitspolitischer Diskurse. Nicht mehr metaphysische Schuld, sondern konkrete Verbrechen beschäftigten nun die Öffentlichkeit. Die 1960 im Fernsehen ausgestrahlte Serie „Das Dritte Reich“ mit hohen Einschaltquoten, die Berichterstattung über den Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961, den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963/65, Auseinandersetzungen um die persönliche Verstrickung Bonner Politiker in den Nationalsozialismus, Bundestagsdebatten über die Verjährung von NS-Verbrechen u. a.

16 Vgl. Peter Kmieciak, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976; Heinz-Otto Luthe/Heiner Meulemann (Hrsg.), Wertewandel – Faktum oder Fiktion?, Frankfurt/M.–New York 1988; Peter Ph. Mohler, Wertewandel in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren. Ein „Top Down“- oder ein „Bottom Up“-Prozess?, in: Helmut Klages (Hrsg.), Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt/M. 1992, S. 40–68.

mögen die Intensität öffentlicher Beschäftigung mit der „braunen Vergangenheit“ andeuten<sup>17</sup>.

Die Kritik am ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik reduzierte sich allerdings nicht allein auf moralische Leerstellen des materiellen Wiederaufbaus, sondern richtete sich auch auf diesen selbst. Wenn die zeitgeschichtliche Forschung zu Recht die Gleichzeitigkeit von ökonomischer Rekonstruktion und Modernisierung in den fünfziger Jahren betont, so waren viele Kritiker am Ende dieser Phase davon überzeugt, dass der Wiederaufbau zwar quantitativ als Erfolg anzusehen, aber ohne Konzept angegangen worden sei. Alexander Mitscherlich und etliche andere klagten besonders über die Schabigheit und Geistlosigkeit der Stadtplanung und hoben auf die Zersiedelung und Zerstörung kultureller Urbanität ab<sup>18</sup>. Nicht nur der Wiederaufbau, sondern eine ganze Epoche des Städtebaus, in der nachbarschaftliche Nähe durch Gliederung und Auflockerung der seelenlosen Großstadt angestrebt worden war, fiel nun radikaler Kritik.

Während die westdeutsche Wirtschaft von einem Export-Rekord zum nächsten getragen wurde, mehrten sich mahnende Stimmen, die u. a. auf Versäumnisse der Bildungspolitik hinwiesen. Angestoßen bereits durch den so genannten „Sputnik-Schock“ 1957, wurde der „sowjetische Block“ nicht nur als militärische Bedrohung, sondern auch als Konkurrent auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik gefürchtet. Vor diesem Hintergrund verstärkten sich die Forderungen nach einer grundlegenden Bildungsreform, als durch die Errichtung der Berliner Mauer 1961 auch der Zustrom von gut ausgebildeten Fachkräften aus der DDR ausblieb. Georg Pichts Formel von der „Bildungskatastrophe“ ist vor diesem Hintergrund zu verstehen<sup>19</sup>. Die Forderungen nach einer Reform begründeten sich anfangs mit der Notwendigkeit internationalen Wettbewerbs, aber bald wurde auch die „Chancengleichheit“ für Kinder aus unteren sozialen Schichten proklamiert. Der Ruf nach Reformen zur Überwindung einer als starr empfundenen Situation bezog sich schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch auf die klassischen Felder der Politik – bis hin zur Außen-

17 Vgl. Detlef Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: A. Schildt u. a. (Anm. 7), S. 77–113; Bernd-A. Rusinek, Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: ebd., S. 114–147.

18 Vgl. Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt/M. 1965.

19 Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg 1964.

und Deutschlandpolitik. Nach dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise (1962) bemühten sich die USA und die UdSSR auf der Basis des atomaren Gleichgewichts um Möglichkeiten zur militärischen Entspannung. Diesen veränderten Rahmenbedingungen trugen SPD und FDP stärker Rechnung als die sich uneinigen Unionsparteien<sup>20</sup>.

Der Ruf nach einer Auseinandersetzung über die Grundlagen der westdeutschen Politik fand zunehmend Anklang in einer sich artikulierenden kritischen Öffentlichkeit. Die Aktion gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse 1962 wurde deshalb zum Bumerang für die Regierenden. Demonstrationen und negative Stellungnahmen selbst konservativer Blätter zeigten ein neues staatsbürgerliches Verständnis. Der Begriff „Pluralismus“, in dem sich zugleich die Beobachtung einer gesteigerten gesellschaftlichen Differenziertheit wie auch das Postulat der Toleranz gegenüber unterschiedlichen Auffassungen ausdrückte, wurde immer häufiger in Diskussionen eingebracht.

Die neuen gesellschaftlichen Signaturen am Ende des Wiederaufbaus nötigten die politischen Parteien und Verbände zu einer Überprüfung ihrer jeweiligen Programmatik und von deren Präsentation in der gewandelten Öffentlichkeit. Es ging nun nicht mehr vorrangig um grundsätzliche ordnungspolitische Positionen wie im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Parlamentarische Demokratie, „soziale Marktwirtschaft“, europäische Integration und generell die Westoption hatten sich durch ihren Erfolg legitimiert, und mit dem Abtauen des Kalten Krieges verlor auch eine dramatisierende Freund-Feind-Rhetorik an Glaubwürdigkeit. Stattdessen schien nun diejenige politische Partei die Führung beanspruchen zu können, die mit glaubwürdigen Konzepten zur Reformierung der Gesellschaft aufwartete. Diese Kompetenz schien auch innenpolitisch allmählich an die Sozialdemokratie überzugehen, die mit dem Godesberger Programm von 1959 „ideologischen Ballast“ abgeworfen hatte und sich erfolgreich als moderne „Volkspartei“ mit ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt als jugendlich wirkendem „deutschen Kennedy“ präsentierte.

Zur Bildung einer breiten kritischen Öffentlichkeit am Ende der „Ära Adenauer“ trugen neben dem „Spiegel“, der nicht zuletzt durch den Angriff auf ihn seinen Nimbus und seine Auflagenzahlen beträchtlich erhöhte, einige weitere Medien bei.

20 Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 533 ff.

Die linksliberale Wende der Ende der fünfziger Jahre noch in ihrer Existenz bedrohten Wochenzeitung „Die Zeit“ sorgte auch hier für neue Leser. Die im September 1962 auf den Markt gekommene satirische Monatszeitschrift „Pardon“ steigerte ihre Auflage bis zum Ende der sechziger Jahre von 50 000 auf 300 000 Exemplare, die als linke Studentenzeitung seit Mitte der fünfziger Jahre erscheinende „Konkret“ von 20 000 (1957) und 40 000 (1964) auf 400 000 (1968). Beträchtliche Aufmerksamkeit erzielte das seit 1962 in der ARD ausgestrahlte kritische Fernsehmagazin „Panorama“ – eine in der Bundesrepublik noch neue Form des Journalismus<sup>21</sup>.

Ein Netzwerk intellektueller Foren und Medien, von Radioredaktionen, wöchentlich und monatlich erscheinenden Druckerzeugnissen, Verlagen und Buchreihen bis hin zum politischen Dokumentationstheater beförderte eine linksliberale und sozialkritische Politisierung der literarischen Intelligenz, auf welche die Bundesregierung mit einiger Nervosität reagierte. Als der „Spiegel“ 1965 eine Philippika Rolf Hochhuths gegen die angeblich systematische Begünstigung des Großunternehmertums durch die Regierung veröffentlichte, attackierte Bundeskanzler Erhard bei verschiedenen Gelegenheiten seine intellektuellen Kritiker als „Banausen und Nichtsköner, die über Dinge urteilen, die sie einfach nicht verstehen“, als „ganz kleine Pinscher“, und er sprach von „einem gewissen Intellektualismus, der in Idiotie umschlägt“, sowie von „unappetitlichen Entartungserscheinungen der modernen Kunst“<sup>22</sup>.

Solche Reaktionen waren ein Indiz für Unsicherheiten, Ängste und den Widerwillen gegen eine publizistische Tendenz, die sich allmählich ausbreitete, aber es bleibt noch auszuloten, wie breit und wie tief die Hauptströmung gehobener linksliberaler Publizistik bis zur Mitte der sechziger Jahre vordringen konnte. Die Intensivierung der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und die „Verjährungsdebatten“ im Bundestag (1960 und 1965)<sup>23</sup> ließen gleichzeitig die Forderung nach einem „Schlussstrich“ zur – demoskopisch ermittelten – breiten Mehrheitsmeinung der Bundesbürger

21 Vgl. Gerhard Lampe/Heidemarie Schumacher (Hrsg.), Das Panorama der sechziger Jahre. Zur Geschichte des ersten politischen Fernsehmagazins der BRD, Berlin 1991.

22 Die Worte des Kanzlers. Eine aktuelle Zitatensammlung zum Thema: Der Staat und die Intellektuellen, in: Marion Dönhoff u. a. (Hrsg.), ZEIT – Geschichte der Bonner Republik 1949–1999, Reinbek 1999, S. 192–198.

23 Vgl. Helmut Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München–Wien 1999, S. 103 ff.

anwachsen. Die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei (NPD) erzielte mit einer Mischung von nationalistischen Ressentiments „gegen den Ausverkauf Deutschlands“ durch „Verzichtpolitiker“, gegen die allgemeine Libertinage und den „Kulturbolschewismus“ sowie mit sozialdemagogischen Sentenzen zwischen 1966 und 1968 eine Reihe von spektakulären Wahlerfolgen. Die NPD war nur die symbolische Spitze einer rechtspopulistischen Konjunktur in den sechziger Jahren, deren gesellschaftsgeschichtliche Analyse noch aussteht.

Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD von Ende 1966 bis 1969 wurde von den beteiligten Partnern in erster Linie defensiv begründet, als zeitlich von vornherein begrenzter Ausweg aus schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen. Während sich die erste wirtschaftliche Rezession 1966/67 nach 16 Jahren ununterbrochenen Aufstiegs in der langfristigen Perspektive rückblickend lediglich als konjunkturelle Delle darstellt, galt sie den Zeitgenossen als deutliches Anzeichen für künftige Gefahren, die nur durch eine breit fundierte und reformbereite Führung in Bonn abzuwehren seien.

Das neue Kabinett symbolisierte zugleich einen Aspekt gesellschaftlicher Versöhnung nicht nur der großen politischen Widerlager, wie sie etwa Franz-Josef Strauß (CSU) und Karl Schiller (SPD) als „Plisch und Plum“ der Wirtschafts- und Finanzpolitik inszenierten, sondern vor allem konträrer Biografien. Gemeinsam saßen auf der Regierungsbank das „Märzveichen“, der im März 1933 der NSDAP beigetretene Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, mit dem früheren kommunistischen Spitzenfunktionär Herbert Wehner und mit Willy Brandt, der als sozialistischer Remigrant in norwegischer Uniform viele Schmähungen hatte über sich ergehen lassen müssen. Nur auf der Basis pragmatischen Hinwegsehens über unterschiedliche Herkünfte konnte ein Bündnis geschlossen werden, in dessen Zentrum eine aktive Konjunkturpolitik und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung stehen sollten. Mit großem Schwung wurde eine „Konzertierte Aktion“ ins Leben gerufen, ein „Stabilitätsgesetz“ (Mai 1967) verabschiedet und die „Mittelfristige Finanzplanung“ eingeführt; eine Finanzreform, in welcher das Steueraufkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu aufgeteilt wurde, befreite die Kommunen aus der Abhängigkeit von der Gewerbesteuer. Auf zahlreichen Feldern der Politik begann die Große Koalition parallel dazu mit tief greifenden Reformen<sup>24</sup>.

24 Vgl. Reinhard Schmoekel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Folgen, Bonn 1991.

Viele Zeitgenossen sahen die Große Koalition allerdings nicht als reformfreudiges Modernisierungsbündnis an, sondern fürchteten sie als Etappe auf dem Weg in eine totale politische Konformität. Das Fehlen einer wirksamen Opposition im Bundestag wurde in vielen Kommentaren kritisiert, und die Ankündigung einer Wahlrechtsreform mit dem Ziel der Einführung des Mehrheitswahlrechts, propagiert als Mittel zur Schaffung klarer parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse, erschien in dieser Sicht als endgültige Ausschaltung jeglicher Konkurrenz gegen die Bonner Großparteien. Vor allem die seit Beginn der sechziger Jahre intern erörterten und im Mai 1968 verabschiedeten gesetzlichen Maßnahmen für den Fall eines staatlichen Notstandes<sup>25</sup> passten in das Bild von der Vorbereitung eines von gleichgeschalteten Massenmedien unterstützten autoritären Staates.

---

### III. Die Neue Linke

---

Die zeitgeschichtliche Forschung hat die Herausbildung einer Neuen Linken in der Bundesrepublik und – mit einem deutlichen Vorsprung – in West-Berlin bisher noch wenig untersucht. Beantwortet werden müsste vor allem die Frage, wie gerade zu jener Zeit, als der ideologische Überbau „abendländisch“-konservativen Denkens erodierte und westlich-liberales Denken in der politischen Öffentlichkeit immer stärker dominierte<sup>26</sup>, unter Intellektuellen zugleich sozialistische Ideen einer Neuen Linken attraktiv wurden, und dies nicht allein in der Bundesrepublik<sup>27</sup>, sondern auch in zahlreichen westlichen Ländern. Es können an dieser Stelle nur einige Faktoren knapp benannt werden:

– Zwischen der Sozialdemokratie, in der klassenkämpferische Traditionen und marxistisches Gedankengut marginalisiert wurden, und der Kommunistischen Partei war ein Vakuum entstanden. Die seit 1956 verbotene KPD hatte bereits im ersten Nachkriegsjahrzehnt einen Großteil ihrer Mitglieder und Anhänger verloren. Die Enthüllungen über Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU, der Ungarn-Aufstand und die Entwicklung in der DDR hatten zur nahezu vollständigen politischen

25 Vgl. Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968), Bonn 1986.

26 Vgl. als Überblick Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

27 Für die Rezeption in einer breiteren Öffentlichkeit vgl. Horst Krüger (Hrsg.), Was ist heute links? Thesen und Theorien zu einer politischen Position, München 1963.

Isolierung der wenigen verbliebenen Mitglieder der illegalen Kommunistischen Partei in Westdeutschland geführt. Eine in ihren Ausmaßen und Formen rückblickend betrachtet mitunter grotesk überzogene strafrechtliche Verfolgung kam hinzu. In einer Atmosphäre, in der alle Organisationsversuche links von der SPD unter dem Generalverdacht einer Steuerung durch die SED standen, achteten selbst die wenigen marxistischen „Traditionalisten“ in kleinen linkssozialistischen Gruppierungen<sup>28</sup> und im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) auf strikte Abgrenzung. Der von der SPD 1960/61 verstoßene akademische Nachwuchsverband schloss selbst kurz darauf kommunistische Gruppierungen aus<sup>29</sup>. Die erstmals zur Bundestagswahl 1961 antretende Deutsche Friedensunion (DFU), in der neben einigen pazifistischen und linkssozialistischen Persönlichkeiten verdeckt auch kommunistische Gruppierungen mitarbeiteten, blieb wegen des Verdachts östlicher Unterstützung weitgehend erfolglos.

– Vor diesem Hintergrund kamen wichtige Anstöße aus dem westlichen Ausland, nachdem die SPD ihre Unterstützung der Anti-Atomwaffen-Bewegung<sup>30</sup> auf deren Höhepunkt 1958 einzustellen begann. Die Ostermarsch-Bewegung, die sich aus kleinen Anfängen zu einer Massenbewegung entwickelte, handelte nach britischem Vorbild. 1960 waren es etwa 1 000 Menschen, die gegen die atomare Kriegsgefahr demonstrierten, 1964 schon 100 000 und 1967 150 000, die nun ein erheblich breiteres Spektrum von Protestthemen artikulierten. Auch die anfangs strikt pazifistisch ausgerichtete Ostermarsch-Bewegung wurde von örtlichen Behörden – etwa hinsichtlich der Zuweisung von publikumsfernen Routen und der Zensur von Plakaten – schikaniert und war antikommunistischen Verdächtigungskampagnen ausgesetzt<sup>31</sup>. Innerhalb

der Ostermarsch-Bewegung gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Pazifisten und Linkssozialisten, die erst zur Mitte der sechziger Jahre hin von Letzteren für sich entschieden wurden. Gemeinsam vertrat allerdings die Mehrheit der Ostermarsch-Bewegung die Abgrenzung von kommunistusverdächtigen Gruppierungen wie der DFU.

– Ende der fünfziger Jahre begann in intellektuellen Kreisen, in der Zeitschrift des SDS „Neue Kritik“, in der „Konkret“ und im West-Berliner Argument-Club, die Entdeckung der „Kritischen Theorie“ der Zwischenkriegszeit und des Exils sowie undogmatischer marxistischer Schriften, etwa von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Karl Korsch, Georg Lukacs und Ernst Bloch. Kaum beachtet wurde von den Rezipienten dabei allerdings der historische jüdisch-deutsche Hintergrund, das Moment des Re-Imports vormals verfemter Autoren. Biografisch interessant erscheint auch, dass etliche der jungen Intellektuellen, die sich der Exilliteratur zuwandten, aus Kreisen der bündischen Jugend stammten<sup>32</sup>. Vor allem der im kalifornischen Exil lebende Herbert Marcuse, der auf dem West-Berliner „Vietnamkongress“ 1966 das Hauptreferat halten sollte, avancierte schon früh zum theoretischen Stichwortgeber für eine neue antiautoritäre Linke<sup>33</sup>. Nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die sozial ausgegrenzten oder vom spät-kapitalistischen System noch nicht integrierten gesellschaftlichen Gruppen, vor allem der akademische Nachwuchs, wurden von dieser zum neuen revolutionären Subjekt erklärt, das den herrschenden „Manipulationszusammenhang“ durchbrechen könne. Man wird die Hinwendung zu solchen theoretischen Ansätzen nicht gänzlich ohne sozialpsychologische Anteile erklären können, etwa den Provokationscharakter sozialistisch-antiautoritärer

28 Vgl. zu diesem Geflecht linkssozialistischer Organisationen Anfang der sechziger Jahre den Überblick von Rolf Seeliger, *Die Außerparlamentarische Opposition*, München 1968, S. 28 ff.

29 Vgl. Siegwald Lönnendonker (Hrsg.), *Linksintellektueller Aufbruch zwischen „Kulturrevolution“ und „kultureller Zerstörung“*. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) in der Nachkriegsgeschichte (1946–1969). Dokumentation eines Symposiums, Opladen 1998, S. 80 ff.; zur Trennung des SDS von der SPD vgl. Willy Albrecht, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)*. Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 383 ff.

30 Vgl. Hans Karl Rupp, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atomwaffenbewegung in den fünfziger Jahren*. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1984<sup>3</sup>.

31 Vgl. Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO*. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt/M. – New York 1977, S. 69 ff., 127 ff., 147.

32 Vgl. Claus-Dieter Krohn, *Die westdeutsche Studentenbewegung und das „andere Deutschland“*, in: A. Schildt u. a. (Anm. 7), S. 695–718; aus disziplingeschichtlicher Perspektive vgl. Helmut Peitsch, „Warum wird so einer Marxist?“ Zur Entdeckung des Marxismus durch bundesrepublikanische Nachwuchsliteraturwissenschaftler, in: Rainer Rosenberg/Inge Münz-Koenen/Petra Boden (Hrsg.), *Der Geist der Unruhe*. 1968 im Vergleich. Wissenschaft – Literatur – Medien, Berlin 2000, S. 125–151.

33 Vgl. Herbert Marcuse, *Emanzipation der Frau in der repressiven Gesellschaft*. Ein Gespräch mit Peter Furth in der Zeitschrift „Das Argument“, 4 (1962) 4, S. 2–11, dok. in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung*. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 2: Dokumente, Hamburg 1998, S. 151 ff.; ders., *Herbert Marcuse und das lebensweltliche Apriori der Revolte*, in: ebd., Bd. 3: Aufsätze und Register, S. 195–203; vgl. auch Gerhard Fels, *Der Aufruhr der 68er*. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF, Bonn 1998, S. 66 ff.

und marxistischer Terminologie angesichts der östlichen Bedrohung.

– Gemeinsamkeit verspürte die sich herausbildende Protestbewegung vor allem mit den jugendlich-studentischen Aufbrüchen in der westlichen Welt und zunächst in den USA<sup>34</sup>. Nicht zuletzt die moralischen „Empörungsmotive“<sup>35</sup>, etwa hinsichtlich des Krieges in Vietnam, und die euphorische Identifikation mit den Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ verbanden die Jugendlichen diesseits und jenseits des Atlantik<sup>36</sup>. Die Bedeutung der diffusen Protestbewegung, die sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre international ausbreitete, lag wohl im Zusammentreffen, für einen kurzen historischen Moment sogar in der Verschmelzung von politischer Bewegung und einer auch kommerziell expansiven jugendlichen Gegenkultur – eine „Kernfusion von Gegenkultur und Kulturindustrie“<sup>37</sup>. Nicht zuletzt die Tendenzen der Bildenden Kunst schon in den frühen sechziger Jahren bieten dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial<sup>38</sup>. Es war kein Zufall, dass einige der späteren Aktivisten von 1968, darunter Rudi Dutschke, aus dem Umfeld der Situationistischen Internationale kamen, in der über den Zusammenhang von Ästhetik und Politik nachgedacht wurde<sup>39</sup>. Die Wirksamkeit des politischen

Protests basierte vor allem auf seiner ästhetischen Stilisierung und Vermittlung durch die Massenmedien<sup>40</sup> – eine Konvergenz von Protestgeneration und Popkultur<sup>41</sup>. Sicherlich vermag das Generationenparadigma nicht allein die Genese der Neuen Linken erklären. Aber zum einen dominierte der jugendlich-studentische Anteil etwa bei Demonstrationen denjenigen der älteren Erwachsenen und fand zugleich die antiautoritäre gegenüber der traditionell linkssozialistischen Strömung – im Gegensatz zum Beginn des Jahrzehnts – schon zur Mitte der Dekade deutlich größere öffentliche Beachtung<sup>42</sup>. Zum anderen bliebe auch der Gehalt der Neuen Linken gänzlich unverstanden ohne Einbeziehung der Dimension einer „Lebensstilrevolution“<sup>43</sup>, der Sehnsucht nach einem anderen Leben und einer gänzlich neuen Politik, die das Private politisch werden ließ. Das darin enthaltene utopische Moment, das mit einer mitunter „erstaunlichen Ignoranz gegenüber den Errungenschaften des bürgerlichen Rechtsstaats“<sup>44</sup> und einer vehementen Denunziation liberalen Denkens zusammenhing, barg zwar formal betrachtet ein antiwestliches Element, aber auch dieses war als Phänomen in allen westlichen Ländern anzutreffen.

Hauptsächlich ging es jedoch um die Durchsetzung von Emanzipationsansprüchen, einer umfassenden Demokratisierung und eines als jugendlich und modern empfundenen Lebensstils, und letztlich wurde die politische Westorientierung der Bundesrepublik gegen bildungsbürgerliche Sonderideologien nun auch massenkulturell breit fundiert. Die Protestbewegung fungierte retrospektiv als treibender und übertreibender Teil einer dynamischen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, die in breitem Ausmaß um 1960 begann.

34 Vgl. einige der Beiträge in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998; Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hrsg.), 1968: The World Transformed, Cambridge u. a. 1998; Gerard DeGroot (Hrsg.), Student Protest. The Sixties and After, London–New York 1998.

35 Claus Leggewie, 1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft. Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den sechziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 3–15, hier S. 6.

36 Vgl. Ingo Juchler, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin 1996.

37 So Walter Grasskamp in seinem erhellenden Essay „Die große Maskerade. Kritik der Kulturrevolution“, in: ders., Der lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik, München 1995, S. 11–54, hier S. 17; zur Politisierung der Jugendkultur vgl. Detlef Siegfried, Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1968, in: A. Schildt u. a. (Anm. 7), S. 582–623.

38 Vgl. Michael A. Schmidtke, „Die Kunst des radikalen Nebeneinanders“. Die künstlerischen Avantgarden der Happening-Kunst und die politische Protestbewegung der sechziger Jahre, in: Westfälische Forschungen, Bd. 48, (1998), S. 21–37; Hans-Joachim Manske, „Das Lachen der Beatles gilt mehr als die Anerkennung von Marcel Duchamp“ – zur Bildenden Kunst der sechziger Jahre in Deutschland, in: A. Schildt u. a. (Anm. 7), S. 768–807.

39 Vgl. einschlägige programmatische Dokumente bei W. Kraushaar (Anm. 33), Bd. 2, S. 160 ff., 172 ff., 176 ff., 190 ff.; Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998, S. 24 ff.

40 Vgl. Bernd Söseman, Die 68er Bewegung und die Massenmedien, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln u. a. 1999, S. 672–697.

41 Vgl. Klaus Briegleb, 1968. Literatur in der anti-autoritären Bewegung, Frankfurt/M. 1993; Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv, Marbach 1998.

42 Vgl. Dieter Rucht/Roland Roth, Weder Rebellion noch Anpassung. Jugendproteste in der Bundesrepublik 1950–1994, in: dies. (Hrsg.), Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, Leverkusen 1999, S. 283–304, hier S. 286 f.; zum Generationsparadigma vgl. Helmut Fogt, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982, S. 126 ff.

43 Christoph Kleßmann, 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution?, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Revolution in Deutschland? 1789–1989, Göttingen 1991, S. 90–105, hier S. 99.

44 Ebd., S. 94.